

Antrag

A3NEU1.2 BDKJ gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 **Situationsbeschreibung**

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates und zeigt sich am
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
17 Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, Personen und
21 Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem
22 rechte und populistische Ideologien.

23 **Positionierung**

24 Als christliche Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
25 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige
26 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen
27 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

28 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
29 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
30 gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung
31 der Menschenrechte weltweit.

32 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
33 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns

34 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese
35 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
36 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
37 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
38 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

39 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
40 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

41 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

42 • **Position beziehen**

43 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
44 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
45 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
46 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige
47 Abgrenzung von rechten Akteur*innen hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits
48 Beschlüsse gefasst, die wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

49 • **Bildungsarbeit**

50 Die BDKJ Bundesebene gestaltet ein Bildungsangebot für die Jugend- und
51 Mitgliedsverbände mit der Zielrichtung der praktischen Umsetzung dieser
52 antifaschistischen Grundhaltung.

53 • **Vernetzung**

54 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und Mitgliedverbänden weiter
55 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei
56 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der
57 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit
58 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine
59 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
60 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
61 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

62 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

63 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
64 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
65 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
66 Jugendverbandler*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
67 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
68 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
69 unvereinbar.

70 **Forderungen an die Politik**

71 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
72 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

73 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

74 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
75 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
76 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften

77 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
78 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
79 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
80 und Stiftungen zu begrenzen und einzustellen. Deshalb begrüßen wir das
81 entsprechende Gesetz, das die Förderung von politischen Stiftungen an die
82 Verfassungstreue knüpft.

83 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

84 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
85 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
86 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
87 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
88 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
89 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
90 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
91 und Vorfälle.

92 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

93 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
94 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
95 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
96 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
97 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
98 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
99 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
100 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

101 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**

102 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur
103 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
104 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
105 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
106 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
107 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
108 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
109 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.

110 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**

111 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in
112 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
113 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
114 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
115 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen
116 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

117 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

118 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
119 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
120 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
121 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische

122 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende
123 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
124 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
125 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
126 schützen.

127 **Forderungen an die katholische Kirche**

128 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

129 • **Reform und Aufarbeitung**

130 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
131 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
132 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
133 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
134 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
135 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
136 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

137 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

138 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
139 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
140 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
141 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
142 beziehen.

143 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**

144 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
145 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
146 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
147 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
148 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
149 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
150 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
151 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
152 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

153 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

154 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
155 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
156 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
157 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
158 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
159 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
160 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
161 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

164 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei
165 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir

166 sind antifaschistisch.

167 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-

168 Hauptversammlungen 2016 und 2020

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.